

# Künftig zählt die tatsächliche Entfernung

KN vom 26.9.17

## Kreis ändert Regeln für den Anspruch auf Schülerbeförderung – Mehrkosten von 650 000 Euro erwartet

VON HANS-JÜRGEN JENSEN

**RENDSBURG.** Der Kreistag von Rendsburg-Eckernförde hat am Montag eine weitreichende Änderung der Regeln für die Schülerbeförderung entschieden. So geht es künftig nach der tatsächlichen Strecke des Schulwegs und nicht mehr vom fiktiven Mittelpunkt des Wohnorts zur Schule. Das sei gerechter. CDU, Grüne und FDP stimmten für die neuen Regeln. SPD und SSW enthielten sich, weil die Eltern nach wie vor zur Kasse gebeten werden. Die SPD kritisierte auch, die neue Satzung führe zu mehr Bürokratie. Elternvertreter begrüßten dagegen die Neuregelung.

Lange haben die Politiker um die neuen Regeln gerungen. Eigentlich sollten sie

schon im Sommer letzten Jahres in Kraft treten. Nun gelten sie vom Schuljahr 2018/19 an. „Wir sind also zwei Jahre in Verzug“, sagt Tim Albrecht (CDU), der Vorsitzende des zuständigen Kreis-Regionalentwicklungsausschusses. Künftig sei die Satzung „gerechter für die Eltern und nachvollziehbarer“.

Das ist die größte Änderung: Bisher war die Entfernung vom

**„ Es ist nicht richtig, dass Schüler vor den Eltern aus dem Haus gehen verlassen und nach den Eltern zurückkommen.**

Tim Albrecht,  
Regionalentwicklungsausschuss

fiktiven Mittelpunkt des Wohnorts zur Schule entscheidend, ob ein Schüler Anspruch auf die subventionierte Monatskarte hat. Künftig geht es um die Entfernung von der Haustür zur Schule. Grundschüler haben einen Anspruch, wenn die Strecke mehr als zwei Kilometer lang ist, für Schüler aus der fünften und sechsten Klasse ist die Grenze vier Kilometer, bis zur zehnten Klasse sind es sechs Kilometer. Diese Kilometergrenzen bleiben weiter gültig.

Künftig können Kinder nach 14 Uhr schneller in den Schulbus steigen. Statt derzeit 60 Minuten sinkt die zumutbare Wartezeit vom kommenden Schuljahr an auf 30 Minuten. Denn es sei „nicht richtig, dass Schüler vor den Eltern aus dem Haus gehen und nach den El-

tern zurückkommen.“ Rund 7700 Schüler hatten nach Angaben des Kreises im Schuljahr 2015/16 eine ermäßigte Karte. Insgesamt hat die Schülerbeförderung im laufenden Jahr den Angaben zufolge ein Kostenvolumen von 9,6 Millionen Euro. 600 000 Euro davon tragen die Eltern mit ihrem Eigenanteil von 84 Euro, der sich nicht ändert. Der Kreis trägt 6 Millionen, die örtlichen Schulträger 3 Millionen. Der Kreis geht davon aus, dass auf ihn und die Schulträger künftig mindestens 650 000 Euro an jährlichen Mehrkosten zukommen.

Beim sogenannten Bildungstarif gibt es eine Änderung, die Oberstufenschüler und ihre Eltern entlastet. Bisher übernahm der Kreis 20 Prozent der Bus- oder Bahnkarte,

künftig erstattet er pauschal 150 Euro im Jahr. Das sei angemessen, weil inzwischen mehr als die Hälfte der Jugendlichen Abitur machen, meint Tim Albrecht. „Warum sollten wir diese Schüler alleine lassen.“ Der Bildungstarif sei „leider noch einzigartig im Land.“

**Bildungstarif kostet den Kreis künftig 300 000 Euro im Jahr**

Der veränderte Bildungstarif belastet allerdings den Kreis. Statt mit 80 000 Euro im Schuljahr 2015/16 müsse der Kreis diese Karten künftig mit insgesamt 300 000 Euro im Jahr subventionieren. Gemeinden und örtliche Schulträger beteiligen sich nicht an den Kosten. 2015/16 hatten 676 Jugendliche eine Bildungskarte.